



GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Postfach 61 02 40  
30602 Hannover

Tel.: +49 (511) 53 57-5356  
Fax: +49 (511) 53 57-5316

Der Antrag ist über  
den Kreditgeber  
einzureichen

**Finanzierungshilfe des Landes Niedersachsen  
Antrag auf Gewährung  
einer Landesbürgschaft**

für einen Kredit in Höhe von €

**1. Kreditgeber:**

\*) Verwendungszweck des Kredites: (Investitionen / Betriebsmittel)

**2. Angaben des Antragstellers:**

2.1. \*) Name:

2.2. \*) Anschrift:  
PLZ                      Ort                                      Straße                                      Telefon

2.3. \*) Rechtsform:

2.4. Gründungsdatum:

2.5. Handelsregistereintragung:

2.6. Geschäftszweig/Gegenstand des Unternehmens:

2.7. \*) Anzahl der Beschäftigten bei Antragstellung:

2.8. \*) Inhaber/Gesellschafter:

	Name	Vorname	Anschrift	Alter	Familienstand
a)					
b)					
c)					
d)					

\*) subventionserhebliche Tatsachenangaben (vgl. Blatt 4)

2.9.\*) Kaufmännische und technische Leitung:

	Name	Vorname	Alter
a)			
b)			
c)			

3.\*) In den letzten fünf Jahren gewährte oder beantragte öffentliche Kredite, Bürgschaften (auch NBB-Bürgschaften), Zuschüsse usw.:

Beantragt (B)  
Gewährt (G)

Jahr	Art	Höhe €	Verwendung

4.\*) Liegt gegen den Antragsteller bzw. das begünstigte Unternehmen ein Rückforderungsbescheid eines Beihilfegebers vor?

Nein

Ja Datum  
Rückführungsbescheid vom:

Rückzahlung erfolgt am:

5.\*) Haben bei der Firma oder den Inhabern (Beteiligten) Zwangsmaßnahmen, wie eidesstattliche Versicherungen nach § 807 ZPO, Konkurs- oder Vergleichsverfahren usw. in den letzten 10 Jahren stattgefunden?

Nein

Ja Datum

Art der Maßnahme

**6.\*) Ist in den letzten fünf Jahren ein Steuerstrafverfahren und/oder ein Verfahren wegen einer Wirtschaftsstraftat gegen den Inhaber/die Beteiligten oder Vertreter des Unternehmens eingeleitet oder abgeschlossen worden?**

Nein

Ja

**7. Dem Antrag sind beizufügen:**

- 7.1. Handelsregisterauszug
- 7.2. Kurze Darstellung der Unternehmensentwicklung
- 7.3. \*) Darstellung des beruflichen Werdegangs der tätigen Inhaber bzw. Gesellschafter sowie sonstiger in der Unternehmensleitung tätiger Personen
- 7.4. Verträge **von Bedeutung \*\*)** (Gesellschaftsvertrag, Miet- und Pachtverträge, Leasingverträge, Lizenzverträge usw.)
- 7.5. \*) Übersicht über Umfang und Zusammensetzung der Belegschaft, ggf. aufgeteilt nach Betriebsstätten (jeweils zum Schluss der letzten drei Geschäftsjahre und bei Antragstellung)
- 7.6. \*) Monatliche Aufteilung der Umsätze der beiden letzten Jahre und des lfd. Jahres
- 7.7. \*) Angaben zum Auftragsbestand bei Antragstellung
- 7.8. \*) Bei **Investitionskrediten**: detaillierte Investitions- und Finanzierungsplanung (für die wesentlichen Investitionen Kostenvoranschläge beifügen)
- 7.9. Ertragsvorschau für das laufende und das folgende Geschäftsjahr
- 7.10. Finanzplan für die nächsten 12 Monate
- 7.11. \*) Jahresabschlüsse für die letzten drei Geschäftsjahre und ggf. zeitnaher Zwischenabschluss; vorhandene Prüfungsberichte sind beizufügen \*\*)
- 7.12. \*) Aufstellung über sonstiges Vermögen des Inhabers, der Beteiligten und der Ehegatten
- 7.13. \*) Aufstellung über **außerhalb** des Unternehmens bestehende Schulden (Steuerschulden gesondert erläutern) und sonstige Haftungsverhältnisse (Bürgschaften, Garantien usw.) des Inhabers, der Beteiligten und der Ehegatten

8. \*) **Der letzte Jahresabschluss** ist im einzelnen wie nachstehend zu erläutern, sofern diese Angaben nicht im Prüfungsbericht enthalten sind \*\*):

- 8.1. Grundstücke und Gebäude  
Grundbuchauszug, Angaben zum Schätzwert (ggf. Wertgutachten beifügen) und zur Valutierung der Belastungen
- 8.2. Beteiligungen (letzten Jahresabschluss beifügen)
- 8.3. Vorräte (Angaben zur mengen- und wertmäßigen Ermittlung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der unfertigen und fertigen Erzeugnisse, der unfertigen Leistungen und Waren)
- 8.4. Forderungen
  - Kundenforderungen
  - Darlehensforderungen
  - Sonstige Forderungen
  - (wesentliche Zusammensetzung, Zahlungsziele, Sicherheiten, Ausfallrisiken)
- 8.5. Eigenkapital
  - 8.5.1. Zusammensetzung nach Gesellschaftern
  - 8.5.2. Stammen die Einlagen oder Anteile aus Darlehen (z.B. von Verwandten) und wie müssen diese ggf. zurückgezahlt werden?
  - 8.5.3. Kapitalentwicklung in den letzten drei Geschäftsjahren (Entnahmen aufgliedern nach Steuern, Sonderausgaben usw.)
- 8.6. Verbindlichkeiten
  - Darlehensschulden
  - Bankschulden
  - Lieferantenschulden
  - Steuerschulden
  - Akzeptschulden
  - Sonstige Schulden
  - (Gläubiger, Höhe, Limit, Zins- und Tilgungsbedingungen, Sicherheiten)
- 8.7. Wechselobligo, Eventualverpflichtungen (z.B. Bürgschaften, sonstige Gewährleistungen)

\*\*): nur in einfacher Ausfertigung einzureichen

### 9. \*) **Umweltschutz**

- 9.1. Darstellung der
  - 9.1.1. bestehenden und zu erwartenden Umweltbeeinträchtigungen durch Abwässer, Abfälle, Luftverunreinigungen, Lärm und Landschaftsschäden (Art, Umfang, Intensität, Giftigkeit und andere Auswirkungen)
  - 9.1.2. vorgesehenen Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung der Beeinträchtigungen
- 9.2. Höhe der hierfür erforderlichen Investitionen (davon im Investitionsplan enthalten)
- 9.3. Liegen die erforderlichen umweltrechtlichen Erlaubnisse vor?

<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	Unbefristet	befristet bis	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Nein	wann beantragt		bei welcher Behörde	<input type="text"/>

Soweit umweltrechtliche Erlaubnisse befristet erteilt oder nicht erteilt sind, ist eine nähere Erläuterung erforderlich.

## 10. \*) Datenschutzerklärung

Ich/Wir bestätige(n), dass mir/uns die Datenschutzinformationen nach Art. 13 und 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung online (siehe nachfolgende PDF-Dateien) oder als Ausdruck zur Verfügung gestellt wurden.

Datenschutzinformation PwC



Datenschutzhinwei  
se\_PwC.pdf

Datenschutzinformation des Niedersächsischen Finanzministeriums



Datenschutzinform  
ationen\_des\_Nieder

Ich/Wir erkenne(n) hiermit die zzt. geltenden Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes Niedersachsen an. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Finanzierungshilfe nicht besteht.

Ich/Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben sowie der beigefügten Unterlagen und werde(n) diese bei Veränderungen oder Eintritt neuer Umstände unverzüglich ergänzen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Auskünfte über meine/ unsere rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu erteilen.

Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gem. § 30 der Abgabenordnung gegenüber den mit dem Bürgschaftsverfahren bzw. mit der Verwaltung von Regressforderungen aus dem Bürgschaftsengagement befassten Stellen. Die Befreiung gilt bis zum Abschluss des Bürgschaftsverfahrens nach Erlöschen sämtlicher Forderungen aus der Bürgschaftsinanspruchnahme.

Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns einverstanden und verpflichte(n) mich/uns zur Zahlung der Prüfungskosten.

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Prüfungsberichte und alle Unterlagen, die über mich/uns zugänglich werden, dem Lande Niedersachsen oder den von diesem beauftragten Stellen überlassen werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass von mir/uns bei Antragstellung ein Antragsentgelt für die Bearbeitung meines/unseres Antrages sowie ein laufendes Verwaltungsentgelt für die Zeit der Inanspruchnahme der Finanzierungshilfe und ggf. ein Bereitstellungsentgelt zu entrichten sind.

Im Fall der Bewilligung der Landesbürgschaft werden die wesentlichen Daten der gewährten Beihilfe, wie der Name des Beihilfenempfängers, die Art des Unternehmens, das Beihilfenelement, der Tag der Beihilfengewährung, etc., zwecks Erfüllung der Transparenz- und Berichtspflichten der Europäischen Kommission auf einer Beihilfe-Website (wie z.B. dem Transparency Award Modul "TAM") veröffentlicht. Ggf. werden der Europäischen Kommission die Daten auch zwecks Veröffentlichung durch die Kommission zur Verfügung gestellt.

Landesbürgschaften sind Subventionen des Landes. Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass die von mir/uns zu den in diesem Antrag mit \*) gekennzeichneten Punkten angegebenen Tatsachen subventionserheblich i.S. des § 264 StGB sind. Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt.

....., den .....

.....

Unterschrift

**Stellungnahme des Kreditgebers**, der damit zugleich die zzt. geltenden Allgemeinen Bürgschaftsrichtlinien des Landes anerkennt:

1. Höhe der beantragten Ausfallbürgschaft:  %

2. Sicherheiten für den Kredit:

3. Kreditbedingungen:

3.1. Zinssatz:  % p.a.

3.2. Auszahlungskurs:  %

3.3. Tilgung:

4. Stellungnahme zum Antrag inklusive Angaben zum internen Rating mit gesonderter Angabe der Einjahresausfallwahrscheinlichkeit:

....., den .....

.....

Unterschrift

## 1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Antragsteller: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

## 2. Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ in den vorangegangenen drei Jahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer *Fusion* oder *Übernahme* müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen in den vorangegangenen drei Jahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von *Unternehmensaufspaltungen* werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

## 3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als *ein einziges Unternehmen* gemäß Punkt 2 in den vorangegangenen drei Jahren

keine  folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe:

- Allgemeine-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen<sup>1</sup> bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf „De-minimis“-Beihilfen<sup>2</sup>,
- Agrar-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor<sup>3</sup>
- Fisch-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor<sup>4</sup> und

<sup>1</sup> Amtsblatt der EU Nr. L vom 15. Dezember 2023.

<sup>2</sup> Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013.

<sup>3</sup> Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013.

<sup>4</sup> Amtsblatt der EU Nr. L 193/6 vom 25. Juli 2007.

- DAWI-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2832 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen<sup>5</sup> bzw. der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen<sup>6</sup>.

Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (s. Punkt 2)	Datum Zuwendungsbescheid/ Vertrag	Beihilfengeber	Aktenzeichen	De-minimis-Beihilfen*				Form der Beihilfe (z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Fördersumme in € (z.B. Zuschuss-, Darlehens-, Bürgschaftsbetrag)	Beihilfenswert in €
				Allgemeine	Agrar	Fisch	DAWI			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			
				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>			

\*Bitte kreuzen Sie an, um welche De-minimis-Beihilfen es sich handelt.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Angaben in den Punkten 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir/uns diese bekannt werden.

Ort, Datum

Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

### **Bestätigung der Hausbank:**

Wir bestätigen die rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers/des Unternehmens

Ort, Datum

Stempel/rechtsverbindliche Unterschrift(en) der Hausbank

<sup>5</sup> Amtsblatt der EU Nr. L vom 15. Dezember 2023.

<sup>6</sup> Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012.